



Änderungsantrag-Nr. VII-A-08850-ÄA-03

Status: öffentlich

Eingereicht von:
Fraktion Die Linke, SPD-Fraktion

Stammbaum:
VII-A-08850 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
VII-A-08850-VSP-01 Dezernat Umwelt,
Klima, Ordnung und Sport
VII-A-08850-ÄA-01 Fraktion Die Linke
VII-A-08850-ÄA-02 SPD-Fraktion
VII-A-08850-ÄA-03 Fraktion Die Linke, SPD-
Fraktion

Betreff:
**Verpackungssteuer zum Erfolg machen - Gastronomie bei der
Anschaffung von Mehrwegsystemen unterstützen**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung

Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt

1. die s.g. Verpackungssteuer in allen Verwaltungsdokumenten künftig als Take-Away-Steuer zu bezeichnen, um Klarheit über den Charakter der Besteuerung herzustellen.
2. dem Stadtrat **unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 30.09.2025**, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Zulässigkeit einer kommunalen Take-Away-Steuer) und nach Abwägung der mit der Take-Away-Steuer verbundenen Vor- und Nachteile eine Informationsvorlage bezüglich der Bewertung der Steuer, sowie **daraus abgeleiteter** Pläne und Schritte der Stadt Leipzig vorzulegen. **Die entsprechende Infovorlage ist den zuständigen Ausschüssen, sowie dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen.**
3. Im Falle einer positiven Bewertung die Einführung der Verpackungssteuer an die Etablierung **eines möglichst in ganz Leipzig** gültigen Mehrweg- bzw. Pfandsystems zu koppeln und dem Stadtrat mit dem Satzungsbeschluss über eine Take-Away-Steuer auch eine Vorlage über ein solches Mehrwegsystem vorzulegen. **Dieses System soll flächendeckend und einheitlich genutzt werden**, um zu vermeiden, dass Systeme entstehen, die nur in einem oder wenigen Geschäften gültig sind. Dafür ist es gemeinsam mit den Umweltverbänden und der IHK zu entwickeln.

Sachverhalt

Begründung:

erfolgt mündlich.

Anlage/n
Keine